

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



Ergänzung zur Tagesordnung
Complément à l'ordre du jour
Complemento all'ordine del giorno

Nationalrat / Conseil national / Consiglio nazionale

Sommeression 2024

Session d'été 2024

Sessione estiva 2024

Stand / état / stato: 31.05.2024

Fragestunde vom 03.06.2024 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)

Heure des questions du 03.06.2024 (Art. 31 du Règlement du Conseil national)

Ora delle domande 03.06.2024 (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.		Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung			
24.7249	DE FR IT	Fra. Bregy. Landausstellung: Organisation bundesratsintern	Wie gedenkt sich der Bundesrat intern zu organisieren, damit die für eine nächste Landesausstellung erforderlichen Prozesse so durchgeführt werden, dass die Motion für eine Landesausstellung ab 2030 umgesetzt werden kann respektive bleibt das Dossier beim landesausstellungskritischen SECO oder erfolgt hier eine Anpassung?
24.7265	DE FR IT	Fra. Munz. Senkung der Treibhausgase in der Landwirtschaft – wann zieht der Bundesrat ein Zwischenfazit seiner Bemühungen?	Der Bundesrat antwortet auf meine Frage 24.7057, bis 2050 müssen die THG-Emissionen um weitere 28% gesenkt werden – also etwas mehr als 1% pro Jahr. Dabei dürften Einsparungen zunehmend schwieriger zu erreichen sein. - In welchen Abständen wird der Bundesrat ein Zwischenfazit seiner Massnahmen ziehen und allfällige Anpassungen vornehmen? - Seit wann hat der leichte Rückgang des Viehbestandes eingesetzt und wie hoch ist dieser Anteil an den THG-Reduktion?
24.7270	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Die Bestäubungsleistung von Insekten sichert gute Erträge – solange sie gewährleistet ist!	Agroscope teilte kürzlich mit: Die meisten Wild- und viele Nutzpflanzen sind auf Bestäuberinsekten angewiesen. Das sichert gute Erträge. Wenn der Anteil der Ackerkulturen in einer Landschaft aber von 30% auf 80% ansteigt, gehen sowohl 20% der Arten wie auch der Pflanzen-Bestäuber-Interaktionen verloren. Das wirkt sich negativ auf die Ernte aus. - Was ist das generelle Fazit der Studie, hinsichtlich Landwirtschaft und Biodiversität? - Was ist das Fazit hinsichtlich Ernte und Ernährungssicherheit?

24.7272	DE FR IT	Fra. Page. Worin besteht die finanzielle Unterstützung des Bundes für die «auf den Kopf gestellten» Hochschulen?	Aktuell werden die Hochschulen in der Schweiz durch politisch motivierte Demonstrationen von Studierenden «auf den Kopf gestellt», wobei auch Dozierende ihre politische Positionierung zur Schau stellen. Diese Dozierenden werden vom Bund und den Kantonen bezahlt. Inwiefern erfüllen diese Hochschulen, welche die «Qualität» einer ausgewogenen und neutralen Lehre garantieren müssen, weiterhin die Bedingungen für eine finanzielle Unterstützung durch den Bund?
24.7276	DE FR IT	Fra. Baumann. Klimawandel und Biodiversitätsverlust – bedrohen beide unsere Ernährungssicherheit?	Auf einen kürzlich eingereichten Vorstoss antwortete der Bundesrat: «Um auch unter künftigen Klimabedingungen eine sichere Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten, braucht es eine Transformation des Ernährungssystems.» Ist er der Ansicht, dass der Biodiversitätsverlust mittel- und langfristig eine ebenso grosse Herausforderung für die Ernährungssicherheit in der Schweiz darstellt, wie der Klimawandel? Wenn nein, warum? Wenn ja, was genau ist im Sinne der Ernährungssicherheit zu tun?
24.7277	DE FR IT	Fra. Baumann. Werden Forschungsprojekte zur Kostenwahrheit in der nächsten Agrarpolitik einbezogen?	Der Bundesrat antwortet auf meine Frage 23.7946, dass «ein Sinergia-Projekt zur Kostenwahrheit in der Ernährung» in Vorbereitung sei. Die Bundesverwaltung solle dabei in einer Begleitgruppe vertreten sein. - Wer ist für das Projekt verantwortlich, welche Bundesämter sind beteiligt und welche anderen wissenschaftlichen Akteure sind involviert? - Wird der Bundesrat die Ergebnisse dieses Forschungsprojekts bei der Planung der Agrarpolitik 2030 einbeziehen?
24.7303	DE FR IT	Fra. Fivaz Fabien. Erasmus+: das ewige Aufschieben des Bundesrates	Die Assoziierung der Schweiz am Programm Erasmus+ ist Teil des Verhandlungspakets zwischen der Schweiz und der EU. Der Bundesrat teilte Ende 2021 mit, dass er nach der Verabschiedung des Verhandlungsmandats die Ausarbeitung einer Botschaft zur Finanzierung gestartet habe. - Wann genau plant der Bundesrat, diese Botschaft vorzulegen, damit die Bundesversammlung die Finanzierung der Assoziierung an Erasmus+ genehmigen kann? - Wie sieht der Zeitplan aus?
24.7305	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Berufsbedingte Gesundheitsrisiken für Landwirtinnen und Landwirte durch den Einsatz von Pestiziden	In seiner Antwort auf die Frage 23.7246 schreibt der Bundesrat, dass alle beruflichen Verwenderinnen und Verwender von Pestiziden im Besitz einer «Fachbewilligung zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln» sein müssen. Im Hinblick auf die Toxizität gewisser Pestizide: - Wie werden die Gesundheitsrisiken für Landwirtinnen und Landwirte, die mit gesundheitsgefährdenden Pestiziden arbeiten, konkret berücksichtigt? - Werden durch Pestizide verursachte Gesundheitsschäden überwacht? Wenn nicht, warum nicht? Wenn ja, wie und von wem?

24.7306	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Diversität und Inklusion – gehört dies zur Grundausbildung?	An vielen Gymnasien gibt es Projektstage zur Sexualität, aber auch in vielen anderen Ausbildungen gehören Diversity / Inklusion zum Pflichtprogramm. Selbst der Bund bietet entsprechende obligatorische Verhaltenskurse für Mitarbeiter an. 1. Warum sind Diversity-Tage notwendig und gehören zum Pflichtprogramm an vielen Schulen? 2. Was sind die Kosten für diese Kurse für Mitarbeiter des Bundes (Ihr Beitrag zur Diversität und Inklusion)? 3. Gab oder gibt es Vorkommnisse, weshalb diese obligatorisch sind?
24.7313	DE FR IT	Fra. Amaudruz. Demonstrationen an den Universitäten, der EPFL und der ETHZ: Sicherheitsbedenken	An den Demonstrationen innerhalb der Schweizer Universitäten, der EPFL und der ETHZ sollen auch auswärtige Personen teilgenommen haben. In Zeitungsartikeln wird berichtet, dass Studierende, die nicht an den Demonstrationen teilnahmen, bedroht wurden. Hat der Bundesrat in Absprache mit den Kantonen Massnahmen veranlasst, vorgeschlagen oder eingeleitet, um die Sicherheit aller Studierenden und der anderen an den Universitäten, der EPFL und der ETHZ tätigen Personen zu gewährleisten? Wenn ja, welche? Wenn nicht, gedenkt er dies zu tun?
24.7315	DE FR IT	Fra. Amaudruz. Demonstrationen an den Universitäten, der EPFL und der ETHZ: Sicherheitsbedenken	An den Demonstrationen an den Schweizer Universitäten, der EPFL und der ETHZ sollen auch externe Personen teilgenommen haben; unter anderem Mitglieder von «La France Insoumise» und der Muslimbruderschaft. Nun stellen sich Fragen in Bezug auf die Sicherheit, insbesondere hinsichtlich der direkten oder indirekten Einflussnahme solcher Personen auf die Demonstrationen. Sind dem Bundesrat angesichts dieser Sicherheitsbedenken Informationen über Personen bekannt, die in die Organisation dieser Demonstrationen involviert sein könnten?
24.7318	DE FR IT	Fra. Vontobel. Antisemitismus an Schweizer Bildungsstätten aufgrund von Zuwanderung	Die Besetzungen an diversen Schweizer Hochschulen haben gezeigt, dass es im akademischen Umfeld einige pro-palästinensische Kreise zu geben scheint. Wie viele Lehrpersonen an Schweizer Bildungsstätten stammen aus dem Nahen Osten und wie viele aus Israel?"
24.7324	DE FR IT	Fra. Gugger. Rote Liste Wildbienen: Was bedeutet es für die Ernährungssicherheit, dass sie weniger werden und verschwinden?	In seinem Faktenblatt «Wildbienen und Bestäubung» schreibt das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), der Mensch sei auf bestäubende Insekten angewiesen. Von den 109 wichtigsten Kulturpflanzen seien 87 (oder 80 %) von tierischen Bestäubern abhängig. - Wie steht es um diese Abhängigkeit in der Schweiz? - Welche Rolle kommt den Wildbestäubern zu, in nasskalten, windigen Frühlingen und was bedeutet es für unsere Ernährungssicherheit, dass sie weniger werden und verschwinden?

24.7335	DE FR IT	Fra. Porchet. Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende gefährdet die Schweizer Wirtschaft	Eine Verdreifachung der Studiengebühren für ausländische Studierende steht zurzeit zur Diskussion. Der ETH-Rat erachtet angesichts des Fachkräftemangels, dass dies nicht im Interesse der Schweizer Wirtschaft liegt. Entgegen der Angaben des Bundesrates in der Nationalratsdebatte bleiben 60 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer mit einem Schweizer Hochschulabschluss nach ihrem Abschluss in der Schweiz (Bundesamt für Statistik). Wie gedenkt der Bundesrat dem Risiko entgegenzuwirken, solche Fachkräfte zu verlieren?
24.7340	DE FR IT	Fra. Widmer Céline. Landesausstellung	Basierend auf dem Motionsentscheid 23.3966 vom 13. März 2024, wie sieht der Bundesrat das Vorgehen, damit die Vorgaben der Motion eingehalten werden können?
24.7356	DE FR IT	Fra. Gugger. Der Verkauf von Glyphosat hat wieder stark zugenommen – was sind die Gründe?	Das BLW publizierte im Herbst 2023 die neuesten Zahlen zum Verkauf von Pflanzenschutzmitteln in der Schweiz: Der Verkauf von Herbiziden hat demnach wieder deutlich zugenommen. 2022 wurden offenbar rund 180 Tonnen Glyphosat verkauft – ein Produkt, das im Verdacht steht, krebserregend zu sein. - Um wie viele Tonnen stieg der Verkauf an und was sind die Gründe dafür? - Wo in der Schweiz wurde das Glyphosat eingesetzt? - Wo am meisten? - Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat gegen diese Zunahme?

Bundeskanzlei

24.7252	DE FR IT	Fra. Feller. Titel von Volksinitiativen. Kriterien für die Überprüfung durch die Bundeskanzlei	Gemäss Artikel 69 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ändert die Bundeskanzlei im Rahmen der Vorprüfung einer Volksinitiative den Initiativtitel, wenn dieser irreführend ist oder zu Verwechslungen Anlass gibt. - Nach welchen Kriterien wird entschieden, ob ein Titel zu Verwechslungen Anlass gibt oder irreführend ist? - Muss der Titel einer Volksinitiative korrigiert werden, wenn er Inhalte enthält, die Initiativtext nicht vorkommen?
---------	--	---	--

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

24.7247	DE FR IT	Fra. Tuosto. Aus für die Bahnverbindung Amsterdam–Basel: Was unternimmt der Bundesrat?	Die Zugverbindung zwischen Amsterdam und Basel wird per Juli 2024 eingestellt; die Deutsche Bahn möchte den ICE zwischen den beiden europäischen Drehscheiben nicht länger betreiben. Das angekündigte Aus dieser Zugverbindung, das kein Einzelfall ist, beeinträchtigt die Anschlussverbindungen der SBB; langfristig gesehen steht es auch den Klimazielen entgegen, gemäss denen auf internationaler Ebene der Bahnverkehr erhöht und der Luft- und Strassenverkehr reduziert werden soll.
---------	--	---	--

24.7248	DE FR IT	Fra. Schlatter. Einfluss der hohen Stickstoffeinträge auf die mittel- und langfristige Holznutzung in der Schweiz	Der Bundesrat schreibt auf meine IP 22.3759: «Fast der gesamte Schweizer Wald ist von übermässig hohen Stickstoffeinträgen betroffen. Auf knapp 90 Prozent des Waldes werden die kritischen Eintragsraten überschritten. In der Folge versauert der Boden und Nährstoffe werden ausgewaschen. Langfristig wird der Wald geschwächt.» Welche Folgen hat diese Schwächung auf die Ökosystemleistungen des Waldes und auf die mittel- und langfristige Holznutzung in der Schweiz?
24.7251	DE FR IT	Fra. Schlatter. Welche Rolle spielt die Biodiversität für die Resilienz des Schweizer Waldes und die Holznutzung?	Der Bundesrat schreibt auf meine IP 22.3759, dass wegen der Klimaerhitzung in den letzten Jahren regional teilweise um die 80% der Bäume abgestorben sind und dass Massnahmen zur Stärkung der Anpassungsfähigkeit des Waldes (Resilienz) vorangetrieben werden (Naturverjüngung, Strukturvielfalt, standortgerechte Bestände). Welche Rolle spielt die Biodiversität für diese Resilienz und welchen Einfluss hat die Klimaerhitzung und mangelnde Biodiversität für die mittel- und langfristige Holznutzung?
24.7256	DE FR IT	Fra. Addor. Hat die SRG zu viel Geld?	Nach dem Erfolg von Nemo beim Eurovision Song Contest 2024 soll die SRG die grösste Musikveranstaltung der Welt im Jahr 2025 mit Kosten in Millionenhöhe zulasten von Privatpersonen und Unternehmen, die Abgaben entrichten, organisieren – und das zu einem Zeitpunkt, in dem das Parlament und vor allem die Schweizerinnen und Schweizer über die SRG-Initiative «200 Franken sind genug!» abstimmen müssen. - Hat die Direktion des staatlichen Radios und Fernsehens den Verstand verloren? - Hat die SRG zu viel Geld? - Wird der Bundesrat dies durchgehen lassen?
24.7259	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Herdenschutz: Stand der finanziellen Unterstützung der Alpbetriebe	Das Parlament hat mehrmals zusätzliche finanzielle Mittel für die Unterstützung beim Herdenschutz gesprochen. Dennoch waren die Mittel für 2023 bereits Mitte Jahr ausgeschöpft, und viele Alpbetrieben gingen – zumindest vorläufig – leer aus. - Welches ist die Situation ein Jahr später? - Konnten alle Finanzierungsgesuche bearbeitet und die Beiträge bezahlt werden? - Gibt es weiterhin einen Überhang an Finanzgesuchen?
24.7266	DE FR IT	Fra. Heimgartner. NEAT-Zulaufstrecken: Sind Bundesgelder nach Deutschland und/oder Italien geflossen?	Deutschland und Italien haben sich gemeinsam mit der Schweiz in den 90er-Jahren verpflichtet, das Bahnnetz und insbesondere die Zulaufstrecken zur NEAT schrittweise und in Anlehnung an die Nachfrage auszubauen. Es ist bekannt, dass vor allem Deutschland noch nicht so weit fortgeschritten ist wie die Schweiz. - Sind hierfür Gelder von der Schweiz geflossen? - Wenn ja, wie viel und für welche Teilabschnitte wurden diese eingesetzt?
24.7267	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Ist die Strategie zur Waldbrandprävention und -bekämpfung umgesetzt?	- Sind die Grundsätze aus der Strategie zur Waldbrandprävention und -bekämpfung umgesetzt? - Sind die Zuständigkeiten beim Bund und bei den Kantonen bei einem grossflächigen Waldbrand klar? - Welche neuen Technologien würden bei einem Waldbrand zur Löschung heute eingesetzt? - Stehen genügend Ressourcen für die Bekämpfung eines grösseren Waldbrandes aktuell auf Bundesebene zur Verfügung?

24.7269	DE FR IT	Fra. Töngi. Weniger Ammoniak dank Muster-Stall – reicht dies für die Einhaltung der Vorschriften des Gewässerschutzgesetzes?	In Uffhusen wurde im März ein Muster-Stall vorgestellt, der im Rahmen des Projekts Ammoniak gebaut wurde und gemäss Fachleuten 70% weniger Ammoniak emittiert. Das Projekt Ammoniak in der Zentralschweiz läuft von 2021 bis 2026 und wird zu drei Vierteln vom Bund finanziert. - Welches Potenzial bietet das Projekt für die Regenerierung der Seen und Umwelt in Luzern bezüglich Eintrags von Ammoniak und Stickstoff? - Reicht dies, um den Nährstoffüberfluss in Umwelt und Gewässer angemessen zu verringern?
24.7280	DE FR IT	Fra. Jost. Was ist der Stand des Programmes „Biodiversität im Wald“ und wann berichtet der Bundesrat darüber?	Seit 2015 läuft das Programm „Biodiversität im Wald“. Nebst Waldreservaten sieht es auch die Schaffung von Altholzinseln und Sicherung von Biotopbäumen vor. Bisher wurde keine umfassende Erfolgskontrolle publiziert. 1. Wie viele Altholzinseln und Biotopbäume haben Bund und Kantone im Rahmen der Programmvereinbarungen sichern können? 3. Welcher Anteil des Schweizer Waldes ist gemäss den Zielen damit abgedeckt (2 Altholzinseln/km2 und 3-5 Biotopbäume/ha)? 2. Wann wird über das Programm berichtet?
24.7283	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Wieso um Himmels Willen bietet das BAFU keine Unterstützung für Hilfshirten?	Unsere Landwirte treffen immer mehr Massnahmen für den Herdenschutz. Der Arbeitsaufwand ist enorm, die physische wie psychische Belastung für die Hirten immens. Eine bewährte Massnahme ist der Einsatz von Hilfspersonal. Diese effiziente Unterstützung will das BAFU streichen. - Wie kann das BAFU einen solchen Entscheid gegen die Alpwirtschaft/Biodiversität fällen? - Weiss das BAFU, dass die neuen Massnahmen im Bereich der Direktzahlungen die nun wegfallende Unterstützung nicht auszugleichen vermögen?
24.7287	DE FR IT	Fra. Jauslin. Biodiversität, unsere Lebensgrundlage: Sägen wir am Ast, auf dem wir sitzen?	Der Bundesrat schrieb auf die IP 23.4360: «Gemäss der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 verbraucht die Weltbevölkerung mehr Ressourcen, als die Ökosysteme bereitstellen können». Zur IP 20.3207 antwortet er: «Heute liegt die Inlandproduktion in gewissen Regionen der Schweiz über dem ökologisch tragbaren Niveau, was sich mittel- und langfristig negativ auf die Produktionskapazitäten und damit auf die Versorgungssicherheit auswirkt.» Sägen wir am Ast, auf dem wir sitzen?
24.7290	DE FR IT	Fra. Jauslin. Was ist der Wert von funktionsfähigen Ökosystemen und was kostet uns ihr fortschreitender Verlust?	Das BAFU schreibt auf seiner Webseite: «Die Biodiversität ist die zentrale Lebensgrundlage für den Menschen.» Sie sei Basis für die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme, welche zahlreiche Leistungen von hohem ökologischem, wirtschaftlichem und sozialem Wert erbringe. - Welches sind die wichtigsten Ökosystemleistungen der Biodiversität in der Schweiz? - Was ist ihr Wert und was kostet uns ihr fortschreitender Verlust, ökologisch, wirtschaftlich und sozial?

24.7301	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggini. Die Rote Liste: Was bedeutet der Rückgang der Bestände von Wildbienen für Mensch und Natur?	Von den 615 Bienenarten in der Schweiz stehen 45,4 Prozent auf der Roten Liste. Von diesen sind 59 als ausgestorben, 24 als kritisch gefährdet, 84 als stark gefährdet und 112 als verletzlich eingestuft. Dank der Bestäubung durch diese Bienen bleibt die Vielfalt der Flora erhalten. Pflanzenfressende Tierarten sind daher auf Bestäuber angewiesen. - Was sind die Hauptursachen für das Insektensterben? - Wie sehen die Prognosen für den Insektenschwund aus und welche Folgen hat dieser für Mensch und Natur?
24.7302	DE FR IT	Fra. Pahud. Klarstellung bezüglich der Umsetzung von Artikel 11a des revidierten CO2-Gesetzes	Biodiesel und HVO werden durch chemische Prozesse aus Abfällen oder Rückständen zu erneuerbaren Treibstoffen synthetisiert. Ist sichergestellt, dass Biodiesel und HVO ebenfalls als synthetische Treibstoffe unter Artikel 11a des revidierten CO2-Gesetzes fallen, im Gegensatz zu naturbelassenen Pflanzenölen?
24.7319	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat bei seinen eigenen, aus der PTT entstandenen Unternehmen Post und Swisscom	In der Aargauer Zeitung vom 29.05.24 können wir lesen, dass die Post rund 170 Filialen schliesst. Sie kommt immer weniger ihrem eigentlich Auftrag nach und der Service Public wird mehr und mehr abgebaut. Gleichzeitig stieg die Post in das Telekomangebot ein und bietet mit Post-Mobile ein Handyangebot - notabene vom Swisscom-Konkurrent Salt - an? Ist angedacht, dass die Swisscom zukünftig Pakete zusammen mit z.B. DPD verschickt?
24.7320	DE FR IT	Fra. Trede. Wie will der Bundesrat den ökologischen Ausgleich in Agglomerationen und Siedlungen stärken, mit stagnierenden Mitteln?	Laut Botschaft zum Verpflichtungskredit 2025-2028 sollen die Mittel für Natur und Landschaft stagnieren. Sie reichen aber schon heute nicht aus, um z.B. den Erhalt der Naturperlen der Schweiz, Biotope von nationaler Bedeutung, zu garantieren. Dennoch spricht der Bundesrat davon, dass neu der ökologische Ausgleich in Agglomerationen und Siedlungen gestärkt werde. 1. Will er hier mehr tun, bei stagnierenden Mitteln? Wenn nein, was will er denn? 2. Wenn ja, was genau will er tun und auf wessen Kosten?
24.7321	DE FR IT	Fra. Weichelt. Streicht der Bundesrat Gelder für Verpflichtungen von Bund und Kantonen?	Der Bundesrat will für die Jahre 2025-2028 gegenüber der bisherigen Planung CHF 276 Mio. aus dem Verpflichtungskredit Natur und Landschaft streichen: Das Parlament habe einen Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative abgelehnt. Doch der grösste Teil dieser Mittel hat mit Initiative oder Gegenvorschlag nichts zu tun. - Welcher Anteil der CHF 276 Mio. war für Verpflichtungen des Bundes aus dem bestehenden Naturschutzrecht vorgesehen, gegenüber den Kantonen? - Warum wird auch dieser gestrichen?
24.7322	DE FR IT	Fra. Töngi. Wann äussert sich der Bundesrat zum Umfang der Grundversorgung der Post?	Während die Politik die Diskussion um die Zukunft der Post vor sich herschiebt, schafft diese Faits accomplis mit weiteren Schliessungen von Poststellen und Investitionen in einen digitalen Service public. - Wann wird der Bundesrat seine Ideen für die Zukunft der Post präsentieren? - Ist es auf Grund der Entscheide der Post sinnvoll, eine Diskussion über den Service public erst auf eine Neuausrichtung 2030 auszurichten?

24.7326	DE FR IT	Fra. de Quattro. Ist die dritte Rhonekorrektur in Gefahr?	Der Walliser Staatsrat hat einseitig beschlossen, die dritte Rhonekorrektur in Frage zu stellen. Trotz zweier Umgestaltungen überflutete das Hochwasser der Rhone die Ebene und verursachte in den Jahren 1987, 1993 und 2000 grosse Schäden. Klimatische Ereignisse werden immer häufiger und haben immer gravierendere Auswirkungen. Wie positioniert sich der Bund zu dieser Kehrtwende, die Finanzierung und den Zeitplan des Projekts, das für die Sicherheit der Bevölkerung von grosser Bedeutung ist, in Frage stellt?
24.7341	DE FR IT	Fra. Mahaim. Dritte Rhonekorrektur: Was ist mit den Bundesbeiträgen?	Der Walliser Staatsrat kündigte am 28. Mai 2024 an, das Projekt der dritten Rhonekorrektur grundlegend hinterfragen zu wollen. Wie hoch sind nach derzeitigen Schätzungen des Bundesrats die bereits geleisteten Bundesbeiträge, die verloren gingen, wenn das Projekt neu konzipiert würde?
24.7344	DE FR IT	Fra. Mahaim. Dritte Rhonekorrektur: Was ist mit den ökologischen Zielen des Projekts?	Der Walliser Staatsrat kündigte am 28. Mai 2024 an, das Projekt der dritten Rhonekorrektur grundlegend hinterfragen zu wollen. - Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass die ökologischen Ziele des Projekts gewahrt bleiben? - Ist er insbesondere bereit, künftige Beiträge davon abhängig zu machen, ob die ursprünglichen Umweltziele erreicht werden?
24.7350	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Dritte Rhonekorrektur: Hinterfragung des Projekts durch den Walliser Staatsrat	Der Walliser Staatsrat hat einen Bericht über das Projekt der dritten Rhonekorrektur veröffentlicht und sich bereiterklärt, das Projekt zu überdenken. - Ist der Bundesrat ebenso wie der Walliser Staatsrat der Auffassung, dass den Sicherheitszielen zu viel Gewicht beigemessen wird, was zu einem unverhältnismässigen Projekt führt? Der Bund hat immer gesagt, dass der zusätzliche Flächenbedarf von 870 ha nicht verringert werden könne und dass jede Verringerung gegen Artikel 4 des Wasserbaugesetzes und die Artikel 36a und 37 des Gewässerschutzgesetzes verstossen würde. - Hat sich diese Einschätzung geändert?
24.7336	DE FR IT	Fra. Pahud. Schliessung von Poststellen: Und was ist mit den Rand- und Bergregionen?	Die Post kündigte die Schliessung von 170 Filialen in der Schweiz an. Die Schliessung dieser Poststellen ist vor allem für Rand- und Bergregionen sowie für den ländlichen Raum ein besonders harter Schlag, da die in diesen Regionen wohnhaften Personen künftig sehr weite Strecken zurücklegen müssen, wenn weitere Poststellen geschlossen werden. Wird bei diesen Schliessungen abgelegenen Regionen wie Sainte-Croix, Vallorbe oder Château d'Oex Rechnung getragen?
24.7354	DE FR IT	Fra. Wettstein. Zu wenig Abstellgleise in unserem Land	Gemäss Geschäftsbericht 2023 der Trassenvergabestelle TVS sind die Gleiskapazitäten für das Abstellen des Rollmaterials zunehmend knapp. Das ist nicht zuletzt eine Folge des erwünschten Ausbaus des Schienenverkehrs mit zusätzlichen Trassen und höheren Fahrplandichten. Wer steht in der Verantwortung, zusätzliche Abstellgleise zu planen und zu realisieren: Der Bund (Bundesamt für Verkehr) oder die einzelnen Bahnunternehmen?

24.7358	DE FR IT	Fra. Wettstein. Möglicher Interessenskonflikt bei der Trassenvergabe	Die Trassenvergabestelle TVS ist eine verselbständigte Einheit des Bundes. Sie vergibt die Normalspur-Bahntrassen auf Bestellung an die verschiedenen Bahnunternehmen. Für die technische Abwicklung der Zuteilungen und für das Inkasso nutzt die Vergabestelle die von SBB Infrastruktur betriebenen Systeme der Bahnbranche. Die SBB ist gleichzeitig nur eines von mehreren Bahnunternehmen. - Liegt hier nicht das Risiko einer unklaren Zuständigkeit vor? - Wer ist verantwortlich, wenn etwas schief geht?
---------	--	---	---

Departement des Innern

24.7254	DE FR IT	Fra. Addor. AHV-Vermögen der Schweizerinnen und Schweizer in den USA?	Der Ausgleichsfonds AHV/IV/EO Compenswiss plant anscheinend die Einführung der Portfoliomanagement-Software Aladdin von Blackrock. Ist diese Information richtig? Wenn ja, haben die Schweizerinnen und Schweizer zu befürchten, dass diese Vermögen künftig in den USA verwaltet werden könnten – unter Verletzung grundlegender Erfordernisse der Vorsicht und nationalen Souveränität (die verlangen, dass die Vermögenswerte von schweizerischen öffentlichen Einrichtungen ausschliesslich in der Schweiz verbleiben und schweizerischen Vorschriften unterstehen)?
24.7255	DE FR IT	Fra. Addor. Auswirkung der Zuwanderung auf die Kosten, die durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) übernommen werden	- Wie hoch sind die Kosten, die von der OKP für in der Schweiz wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer und insbesondere für Asylsuchende übernommen werden, und wie hat sich dieser Betrag in den letzten zehn Jahren entwickelt? - Welcher Anteil des Betrags geht zulasten der Allgemeinheit (Bund und Kantone)?
24.7257	DE FR IT	Fra. de Courten. Verfahren zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln optimieren	Die Pflanzenschutzmittelverordnung wird derzeit total revidiert. Das Ziel ist es, das Verfahren zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln zu optimieren. Das EDI hat Ende 2023 die Vernehmlassung eröffnet. Sie dauerte bis am 29. März 2024. Die weiteren Arbeiten sind von Relevanz hinsichtlich der Umsetzung der Mo. 21.4164 bzw. der Pa.Iv. 22.441. Was sind die Haupteckdaten aus der Vernehmlassung und wie sieht der weitere Fahrplan des Bundesrates aus?
24.7261	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. Wie verpflichtend ist die Übernahme der EU- Verordnung 2021/2117 zur Deklaration von Nährwert und Zutaten im Wein für die Schweiz?	Schweizer Wein wird mehrheitlich lokal oder inländisch vermarktet. Nur wenige Prozente der Schweizer Weinproduktion wird exportiert. - Ist die Schweiz bei der gegenwärtigen Weiterentwicklung des bilateralen Wegs mit der EU kategorisch gezwungen das EU-Recht bei der Weindeklaration zu übernehmen? - Wie viel Eigenbestimmung bleibt der Schweiz diesbezüglich bei den aktuellen Verhandlungen mit der EU und zu welchen Konsequenzen?

24.7262	DE FR IT	Fra. Jost. OSZE- Antisemitismuskonferenz: Staaten wollen interreligiösen Dialog fördern. Was tut die Schweiz?	Während der OSZE-Antisemitismuskonferenz im April 2024 kamen die Teilnehmerstaaten überein, den interreligiösen und interkulturellen Dialog zu fördern. Dies ist im Hinblick auf die Wahrung eines friedlichen Zusammenlebens von grosser Bedeutung. 1. Welche Massnahmen unternimmt der Bund im Bereich des interreligiösen Dialogs bereits heute? 2. Wie arbeitet er mit den Kantonen dabei zusammen? 2. Was plant der Bundesrat in Zukunft noch zu unternehmen?
24.7286	DE FR IT	Fra. Wyss. Auswirkungen der Anpassung der Medikamentenpreise per 1.7.24	Mit dem neuen Preismodell für Medikamente per 1.7.24 sollen Generika gefördert werden. Rund 60 Millionen sollen dadurch eingespart werden. Das ist begrüssenswert. Zeitgleich werden die Preise günstige Medikamente erhöht. Dies bezahlen vor allem Selbstzahlende. - Wie profitieren die Prämienzahlenden von der Änderung? - Ist mit einer Zusatzbelastung für Selbstzahlende (auf Basis der heute verkauften Menge) beim Kauf von günstigen Medikamenten zu rechnen?
24.7292	DE FR IT	Fra. Porchet. Weniger Süsstoffe für weniger nicht übertragbare Krankheiten?	Die WHO hat 2023 neue Leitlinien zu zuckerfreien Süsstoffen veröffentlicht. Die Verwendung von zuckerfreien Süsstoffen hilft langfristig nicht dabei, Körperfett bei Erwachsenen oder Kindern zu reduzieren; sie kann zu unerwünschten Nebenwirkungen führen, wie einem erhöhten Risiko für Typ-2-Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und einer erhöhten Sterblichkeit bei Erwachsenen. Wie gedenkt der Bundesrat diese neuen Erkenntnisse in seine Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten einzubeziehen?
24.7307	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Was wird am UNO- Drogentag veranstaltet?	Am 26. Juni findet jährlich der internationale UNO-Drogentag statt. Ein Aktionstag, welcher gegen den Missbrauch von Drogen gerichtet ist. 1. Was gedenkt der Bundesrat bzw. das BAG an diesem internationalen Tag gegen Drogenmissbrauch und Drogenhandel zu unternehmen? 2. Welche konkreten Aktionen sind geplant?
24.7328	DE FR IT	Fra. Roduit. Krankenkassenwechsel: Wie kann bei Beistandschaften die richtige Wahl getroffen werden?	In seiner Antwort auf die Frage 24.7109 hält der Bundesrat fest, dass Krankenkassenwechsel den Verlust der Kaufkraft der Versicherten eindämmen können. Dennoch sorgen die Behörden selten für Krankenkassenwechsel bei verbeiständeten Personen, obwohl die Wahl einer Krankenversicherung, die niedrigere Prämien hat und an die Verhältnisse der finanziell unterstützten Personen angepasst ist, die öffentlichen Hand entlasten würde. Obwohl Beistandschaften Sache der Kantone sind: Gedenkt der Bundesrat einzugreifen?
24.7329	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Tonaufnahmen von IV- Begutachtungen ohne Wert?	Im Rahmen der Zustellung der IV-Zugangsdaten zum Abhören der Tonaufnahmen von Begutachtungen findet sich unter Sanktionsandrohung folgender Passus: "Der Inhalt oder Teile davon dürfen weder aufgezeichnet noch weitergeleitet werden". Gestützt auf welche rechtlichen Grundlagen wird den Destinatären untersagt, die Tonaufnahmen aufzuzeichnen und diese Dritten (z.B. Ärzten oder Bevollmächtigten) weiterzuleiten, dies obwohl die EKQMB im Bericht vom 7.11.2023 selber eine Auswertung durchgeführt hat?

24.7330	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Missachtung des gesetzgeberischen Willens durch die IV-Verwaltung	Nach Art. 44 Abs. 6 ATSG sind die Tonaufnahmen der Gutachter-Interviews in die Akten des Versicherungsträgers aufzunehmen. Werden bei den IV-Stellen die Akten bestellt, befinden sich die Aufnahmen aber regelmässig nicht in den IV-Akten. Diese werden nur nach besonderer Anfrage elektronisch übermittelt und sind nur für kurze Zeit temporär abhörbar und dürfen auch nicht gespeichert werden. Mit welcher Legitimation missachtet die IV-Verwaltung den Willen des Gesetzgebers?
24.7332	DE FR IT	Fra. Roduit. Tabakpräventionsfonds: Besteht die Gefahr von Interessenskonflikten?	Im Entwurf zur Änderung der Verordnung vom 12. Juni 2020 über den Tabakpräventionsfonds sieht Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a <i>bis</i> vor, dass die dem Bundesamt für Gesundheit angegliederte Geschäftsstelle zur Verwaltung des Tabakpräventionsfonds (TPF) «selbst Präventionsmassnahmen durchführen» kann. Kann der Bundesrat erklären, was unter «selbst Präventionsmassnahmen durchführen» zu verstehen ist und kann er erläutern, wie Interessenskonflikte vermieden werden können und wie gegebenenfalls Kontrollen durchgeführt werden sollen?
24.7348	DE FR IT	Fra. Pfister Gerhard. Hat der Tag für Ärzte/innen mehr Stunden als für andere Menschen in der Schweiz?	Wie erklärt der Bundesrat der Bevölkerung, dass Ärztinnen und Ärzte Leistungen in Rechnung stellen, die sie nur erbracht haben können, wenn sie mehr als 24 Stunden pro Tag gearbeitet haben? - Ist der Bundesrat gewillt, diesen unverständlichen Sachverhalt zu beseitigen, auch ohne dass er endlich ein neues kostenneutrales Tarifsysteem implementiert? - Oder lässt er seine linke Hand deshalb nicht arbeiten, weil er es mit der rechten Hand ohnehin nicht tun will?
24.7349	DE FR IT	Fra. Bregy. Medikamentenpreise: Vergleich Schweiz - Ausland	Gibt es eine Statistik wie viele Medikamente im Ausland im Verkauf günstiger sind als in der Schweiz im Ankauf für die Apotheken und wie hoch sind die dadurch verursachten Mehrkosten im Schweizer Gesundheitssystem?
24.7352	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Gelder der Krankenkassenprämien für ausländische Investoren?	Viele Privatkliniken expandieren. Innerhalb der Expansion werden horrend Preise für Praxen oder Kliniken bezahlt. Ausländische Finanzinvestoren wiederum investieren in jüngerer Zeit im grossen Stil in schweizerische Gesundheitseinrichtungen. - Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass hier mit Krankenkassenprämien und Steuergeldern die Gewinne ausländischer Investoren finanziert werden? - Hat der Bundesrat eine Übersicht über die ausländischen Beteiligungen an Schweizer Gesundheitseinrichtungen?
24.7353	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Abschreibung der Spitalimmobilien: Ruin für Öffentliche und Cash-Cow für Private?	Öffentliche Spitalliegenschaften müssen in 33 Jahren abgeschrieben werden. Das bringt verschiedene Spitäler nach Übernahme von Neubauten in finanzielle Bedrängnis. Private Kliniken können die Liegenschaften in separate Immobiliengesellschaften auslagern, welche dank längeren Abschreibungszeiträumen Gewinne schreiben können. - Ist sich der Bundesrat dieser Ungleichbehandlung bewusst? - Gibt es bei den Privatspitälern die Gefahr, dass dank Prämiegeldern letztendlich Immobiliengewinne gemacht werden?

24.7355	DE FR IT	Fra. Bally. Kriterium für die Festlegung der Kostendämpfungsziele	Die Lohnentwicklung im Vergleich mit dem Kostenanstieg im Gesundheitsbereich scheint für den Bundesrat kein Kriterium zu sein. Welches Kriterium schlägt der Bundesrat dann für die Festlegung der Kostendämpfungsziele im Gesundheitsbereich vor?
24.7360	DE FR IT	Fra. Paganini. Krankenkassenprämien und Lohnentwicklung - ein Verhältnis im Gleichschritt?	Ich bitte den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen: - Wie stark sind die Krankenkassenprämien in den letzten zehn Jahren insgesamt prozentual (nominal und kaufkraftbereinigt) gestiegen? - Wie stark sind die Löhne von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Schweiz in den letzten zehn Jahren insgesamt prozentual (nominal und kaufkraftbereinigt) gestiegen?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

24.7250	DE FR IT	Fra. Marchesi. Ukraine-Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock: Wie viel wird sie kosten und wer zahlt?	- Wie hoch sind die Gesamtkosten für die Organisation der hochrangigen Konferenz zum Frieden in der Ukraine, die am 15. und 16. Juni auf dem Bürgenstock stattfinden wird? - Wie viel davon trägt der Bund und wie viel der Kanton/die Kantone? - Wie viel werden die Gastländer zahlen?
24.7271	DE FR IT	Fra. Tuena. Ukraine-Konferenz auf dem Bürgenstock, Kosten	Am 15. und 16. Juni 2024 findet auf dem Bürgenstock im Kanton Nidwalden die Ukraine-Konferenz (ehemals Friedenskonferenz) statt. Wie hoch belaufen sich die gesamten Kosten, welche die Schweiz (Kantone und Bund) zu tragen haben (aufgelistet nach direkten und indirekten Kosten, aufgeschlüsselt nach Kantonen und Bund)?
24.7274	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Wie teuer wird die Ukraine-Konferenz auf dem Bürgenstock?	- Wie viel kostet die von der Schweiz initiierte Ukraine-Konferenz, die am 15. und 16. Juni auf dem Bürgenstock im Kanton Nidwalden stattfinden wird insgesamt (inklusive der Kosten für die rund 4000 Angehörigen der Armee, die dort im Einsatz stehen)? - Wie werden diese Kosten verbucht?
24.7288	DE FR IT	Fra. Tuena. Ukraine-Konferenz auf dem Bürgenstock, Einladungen	Am 15. und 16. Juni 2024 findet auf dem Bürgenstock im Kanton Nidwalden die Ukraine-Konferenz (ehemals Friedenskonferenz) statt. Wer wurde von der Schweiz offiziell eingeladen? Ich bitte um eine Auflistung.
24.7289	DE FR IT	Fra. Tuena. Ukraine-Konferenz auf dem Bürgenstock, Zusagen	Am 15. und 16. Juni 2024 findet auf dem Bürgenstock im Kanton Nidwalden die Ukraine-Konferenz (ehemals Friedenskonferenz) statt. Wer hat bis am 28. Mai 2024 seine Teilnahme zugesichert? Ich bitte um eine Auflistung mit Name und Land beziehungsweise Organisation.
24.7323	DE FR IT	Fra. Gafner. Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock	Der Bundesrat organisiert am 15. und 16. Juni 2024 die Friedenskonferenz zum Ukraine -Konflikt auf dem Bürgenstock. In diesem Zusammenhang bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen: - Wie hoch sind die anfallenden Gesamtkosten, die dem Bund aus dieser Konferenz entstehen? - Wie wird die Sicherheit der Teilnehmenden sichergestellt und wie werden diese Kosten aufgeteilt? - Gibt es Organisationen und teilnehmende Staaten, die sich an den Kosten beteiligen?

24.7258	DE FR IT	Fra. Egger Mike. Abzocker beim IKRK?	Das IKRK muss weltweit ca. 1800 Mitarbeiter entlassen und mehr als 400 Mio. Franken einsparen. Der Generaldirektor Robert Mardini hat Ende März 24 das IKRK verlassen trotz einer regulären Kündigung erhält er rund 300'000 CHF Abgangsentschädigung. Die Schweiz finanziert das IKRK mit 140 Mio. jährlich, davon allein 80 Mio. für die Verwaltung am Hauptsitz in Genf. Teilt der Bundesrat die Meinung, dass die Höhe der Abgangsentschädigung unangemessen ist für eine humanitäre Institution wie das IKRK?
24.7282	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Chinas Militärmanöver als Reaktion auf demokratische Wahlen in Taiwan	Drei Tage nachdem Taiwans demokratisch gewählter Präsident Ching-te Lai am 20. Mai sein Amt angetreten hatte, veranstaltete China gross angelegte Militärübungen rund um Taiwan. - Ist zu befürchten, dass die Spannungen in der Taiwanstrasse eskalieren? - Liegt Chinas militärischer Einsatz zur Einschüchterung Taiwans im Interesse der Schweiz? - Hat der Bundesrat den chinesischen Behörden jemals seine Ablehnung des Einsatzes von Gewalt zur Beilegung von Differenzen über die Taiwanstrasse klargemacht?
24.7295	DE FR IT	Fra. Molina. Warum unterstützt die Schweiz den internationalen Srebrenica-Gedenktag nicht?	Am 20.05.24 stimmte die Uno-Generalversammlung der von Deutschland und Ruanda vorgelegten Resolution A/78/L.67/Rev.1 zu, die den 11. Juli zum Internationaler Tag des Nachdenkens und Gedenkens an den Völkermord in Srebrenica 1995 erklärte. - Weshalb enthielt sich die Schweiz bei dieser Abstimmung der Stimme? - Teilt der Bundesrat die Meinung, dass die Auseinandersetzung mit Genoziden eine Voraussetzung für deren Prävention ist? - Wie wird die Schweiz den Gedenktag unterstützen und begehen?
24.7297	DE FR IT	Fra. Molina. Gilt die Unterstützung der Schweiz für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) noch?	Der IStGH-Chefankläger hat am 22.05.24 Haftbefehle gegen die Hamas-Führung sowie den israelischen Premier und den Verteidigungsminister beantragt. Das EDA hat diesen Vorgang nicht kommentiert, obwohl der Kampf gegen Straflosigkeit und die IStGH-Unterstützung zu den Prioritäten der Schweiz gehört. - Hat sich an der Unterstützung der Schweiz für den IStGH etwas verändert? - Vorausgesetzt der Haftbefehl wird erlassen und Netanjahu reist in die Schweiz: Würde er in der Schweiz in jedem Fall verhaftet?
24.7311	DE FR IT	Fra. Vontobel. Selbstverteidigungsrecht der Staaten unter Beschuss?	ICC-Chefankläger Karim Ahmat Khan hat im Zusammenhang mit dem Konflikt in Gaza einen Haftbefehl gegen Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu beantragt und erhält Rückendeckung aus arabischen Staaten. Stellt der Bundesrat das Selbstverteidigungsrecht Israels ebenfalls infrage?
24.7338	DE FR IT	Fra. Mahaim. Umsetzung allfälliger Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs in der Schweiz	Im Fall, dass eine der Vorverfahrenskammern des Internationalen Strafgerichtshofs Haftbefehle gegen gewisse Hamas-Führer und Mitglieder der israelischen Regierung erlässt: Wird sich der Bundesrat dafür einsetzen, zur ordnungsgemässen Ausführung dieser Haftbefehle beizutragen und gegebenenfalls die notwendigen Verhaftungen auf Schweizer Boden durchzuführen?

24.7339	DE FR IT	Fra. Mahaim. Einsatz der Schweiz am Internationalen Strafgerichtshof für die Ukraine und den Nahen Osten: Wird mit zweierlei Mass gemessen?	In seiner Antwort auf die Interpellation 22.3107 hielt der Bundesrat fest, zu den Staaten gehört zu haben, welche «die Situation in der Ukraine [...] zur Untersuchung an den Internationalen Strafgerichtshof übermittelt» haben. Hat der Bundesrat in Bezug auf den Nahostkonflikt ähnlich gehandelt? Wenn nicht, warum wurde dieser Fall anders behandelt?
24.7342	DE FR IT	Fra. Walder. Unterstützt der Bundesrat den Internationalen Strafgerichtshof voll und ganz?	Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf meine Interpellation 24.3095 bestätigt, dass er den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) voll und ganz unterstütze. - Bleibt die Unterstützung des IStGH und der Kampf gegen die Straflosigkeit weiterhin eine Priorität der schweizerischen Aussenpolitik? - Unterstützt die Schweiz nachdrücklich die Unabhängigkeit des IStGH und des Chefanklägers Khan, der Strafbefehle gegen 3 Anführer der Hamas und 2 Anführer Israels beantragt hat?
24.7359	DE FR IT	Fra. Mahaim. Mossad übt Druck auf den Internationalen Strafgerichtshof aus: Wie reagiert der Bundesrat?	Laut einer Recherche, bei der The Guardian federführend war und die am 28. Mai 2024 publiziert worden ist, hat die Führung des Mossad auf unmittelbare und schwerwiegende Weise (Drohungen, Erpressung, etc.) Druck auf die ehemalige Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs ausgeübt. Dies in Zusammenhang mit dessen Arbeit zur Situation im Mittleren Osten. - Verurteilt der Bundesrat solche Handlungen, sollten sie sich denn bewahrheiten? - Und wie gedenkt er, gegenüber Israel bilateral und multilateral mitzuteilen, dass er solche Handlungen missbilligt?
24.7300	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Alt-Botschafter Jean Daniel Ruch veröffentlicht am 12. Juni seine Memoiren und damit brisante Informationen	Jean Daniel Ruch veröffentlicht am 12. Juni seine Memoiren. In diesen legt er vertrauliche und geheime Gespräche offen (u.a. mit türkischen Vertretern über die Friedensbemühungen im Ukraine Konflikt). - Sind (Alt-) Botschafter an keine Schweigepflicht gebunden? - Wer will mit der Schweiz noch vertraulich sprechen, wenn nachher alles in der Öffentlichkeit ausgebreitet wird? - Was unternimmt der Bundesrat gegen Alt-Botschafter Jean Daniel Ruch, damit er seine Geheimnisverletzungen nicht weiterverbreitet?
24.7304	DE FR IT	Fra. Porchet. Straffreiheit für Israel: Was tut die Schweiz?	Am 10. Mai 2024 hat die UNO-Generalversammlung den Status von Palästina als Beobachterstaat aufgewertet und dem Sicherheitsrat empfohlen, den Antrag Palästinas auf eine Vollmitgliedschaft noch einmal wohlwollend zu prüfen. Leider enthielt sich die Schweiz ihrer Stimme, da laut dem Bundesrat «dieser Schritt für eine Entspannung der Lage [...] nicht förderlich» war. Welche politischen Schritte unternimmt die Schweiz nun, um auf die israelische Regierung genug Druck auszuüben, dem Blutvergiessen in Palästina ein Ende zu setzen?

24.7308	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Irak: 15 Jahre Haft für Homosexualität	Im Irak drohen seit kurzem gleichgeschlechtlich Liebenden Menschen bis zu 15 Jahren Haft. Viele westliche Staaten wie die USA oder Deutschland haben dies öffentlich scharf kritisiert. - Ist diese verschärfte Situation dem Bundesrat bekannt? - Warum hat sich die offizielle Schweiz nicht geäußert und diesen Verstoß gegen die Menschenrechte verurteilt?
24.7316	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Repressionen insbesondere gegen Frauen im Iran	Im Iran haben in jüngster Zeit die Repressionen gegen die Bevölkerung, insbesondere gegen Frauen, wieder stark zugenommen. Frauen werden systematisch aus der Öffentlichkeit verdrängt. Die Schweiz hat eine Sonderstellung zum Iran. - Kann sie diese zugunsten der Frauen einsetzen? - Gibt es eine internationale Zusammenarbeit, damit mehr Druck auf das iranische Regime ausgeübt werden kann? - Geht der Bundesrat davon aus, dass der Tod von Präsident Raisi die Menschenrechtslage im Iran verändert?
24.7325	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Wieder politische Urteile in der Türkei gegen HDP- Mitglieder – Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verlangt Freilassung	Seit den Unruhen in Kobane im Jahr 2014 sind zahlreiche HDP-Anhänger in Haft. Der EGMR stuft die Verhaftungen als politisch motiviert ein und hat mehrmals die Freilassung der Gefangenen gefordert. Am 16. Mai sind nun 24 Angeklagte, darunter die ehemaligen Co-Vorsitzenden der HDP-Partei, Figen Yüsekdağ und Selahattin Demirtaş, zu insgesamt 407 Jahren Gefängnis verurteilt worden. - Warum hat die Schweiz nicht gegen die Urteile protestiert? - Ist der Bundesrat bereit, sich für die Freilassungen einzusetzen?
24.7337	DE FR IT	Fra. Mahaim. Einhaltung des IGH- Beschlusses vom 24. Mai 2024 durch Israel	In seiner Antwort auf die Interpellation 24.3101 erinnert der Bundesrat an Folgendes: «Die Schweiz ruft Israel bilateral und im multilateralen Rahmen dazu auf, die Anordnungen [des IGH] zu befolgen.» Wie wird sich der Bundesrat angesichts der neuen vorsorglichen Massnahmen des IGH vom 24. Mai 2024 dafür einsetzen, dass Israel diese einhält?
24.7343	DE FR IT	Fra. Walder. Besteht die Gefahr, dass die Schweiz wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen oder Völkermord angeklagt wird, wenn sie die Zahlungen an die UNRWA einstellt?	Am 24. Mai 2024 erliess der Internationale Gerichtshof (IGH) neue vorsorgliche Massnahmen, mit denen Israel aufgefordert wurde, seine Militäroperationen in Rafah einzustellen; nach Ansicht des IGH sei dies die einzige wirksame Massnahme, um einen Völkermord zu verhindern. Israel hat dazu nichts verlauten lassen. Besteht unter diesen Umständen die Gefahr, dass die Schweiz wegen ihrer vollständigen oder teilweisen Weigerung, weiterhin Zahlungen an die UNRWA zu leisten - die einzige Agentur, die humanitäre Hilfe für die Menschen in Gaza leisten kann -, wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen oder Völkermord angeklagt wird?

24.7351	DE FR IT	Fra. Walder. Anerkennung Palästinas: Welche Strategie verfolgt der Bundesrat?	Während der Staat Israel von der Schweiz zu Recht anerkannt wird, lehnt der Bundesrat die Anerkennung Palästinas ab, indem er sagt, er verlasse sich auf bilaterale Verhandlungen, um eine Lösung für den Konflikt zu finden. Doch nach Jahrzehnten der Besatzung hat Israel noch immer keinen Plan für eine Zwei-Staaten-Lösung vorgelegt. Und die Siedlungstätigkeit im Westjordanland, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstösst, geht unentwegt weiter. Wie will der Bundesrat Israel dazu bewegen, einen glaubwürdigen und tragfähigen Friedensplan für einen künftigen palästinensischen Staat auszuhandeln?
24.7364	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Unterwerfungsvertrag unter die EU: Organisation der Verhandlungen?	Gemäss dem <u>Verhandlungsmandat</u> vom 8. März 2024 verhandelt die Schweiz mit der EU über den Paketansatz (Unterwerfungsvertrag). Wie häufig fanden seither Treffen auf folgender Stufe statt und wann sind die nächsten Treffen geplant: 1. Stufe Bundesrat Cassis; 2. Stufe Staatssekretär Alexandre Fasel; 3. Stufe Chefunterhändler Patric Franzen? Wie viele thematisch gruppierte Verhandlungsgruppen gibt es und welche Themen werden in diesen Gruppen verhandelt?

Finanzdepartement

24.7268	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Zum gegenwärtigen Stand der Fallschirme für ehemalige Kader der Bundesverwaltung	Den Medien ist zu entnehmen, dass die ehemalige Fedpol-Chefin eine Abgangsentschädigung von knapp 340'000.-- Schweizer Franken erhält. Offensichtlich stützt sich diese Entschädigung auf Art. 19 Abs. 4 BPG (SR 172.220.1). In diesem Zusammenhang interessiert folgende Frage: In wie vielen Fällen und zu welchem Gesamtbetrag wurden Entschädigungen nach Art. 19 Abs. 4 BPG seit dem Inkrafttreten der Bestimmung per 1. Juli 2013 ausbezahlt?
24.7278	DE FR IT	Fra. Wyss. Wie teuer ist die Expertengruppe?	Am 8. März 2024 hat der Bundesrat eine externe Expertengruppe für eine Aufgaben- und Subventionsüberprüfung mandatiert. - Wie hoch sind die Kosten insgesamt für die Arbeit dieser Expertengruppe? - Wie hoch ist der geschätzte Aufwand (zeitlich aber auch monetär), welche durch diese Expertengruppe in der Verwaltung ausgelöst wird? - Werden im Rahmen dieser externen Expertengruppe weitere externe (Überprüfungs)mandate vergeben? - Falls ja, für welche Aufgaben und wie hoch sind die Kosten?

Justiz- und Polizeidepartement

24.7263	DE FR IT	Fra. Golay Roger. Goldener Fallschirm für die Direktorin des Bundesamts für Polizei? Es braucht Erklärungen.	Der «Blick» deckt auf, unter welchen Bedingungen die Fedpol-Direktorin in den Ruhestand gehen wird. Sie wird nach zehn Dienstjahren eine Abfindung von 339 937 Franken erhalten, was einem Jahreslohn entspricht. Gemäss Bundespersonalverordnung (BPV) ist eine Abfindung bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses in mehreren Fällen möglich. Dennoch ist die Rechtfertigung der diesmal gewährten Abfindung weiterhin unklar. - Wer genau steckt hinter der Auflösung des Arbeitsverhältnisses? - Das EJPD oder Frau Della Valle?
24.7264	DE FR IT	Fra. Kolly. «Gefährliche» Asylsuchende aus dem Bundesasylzentrum Guglera verlegt	Vor Kurzem fand das Eidgenössische Feldschiessen des Sensebezirks in Rechthalten statt – nur wenige Kilometer vom Bundesasylzentrum Guglera in Giffers entfernt. Für die Dauer des Schützenfestes seien einige als «gefährlich» eingestufte Asylsuchende nach Boudry verlegt worden. 1. Ist diese Information richtig? Wenn ja, wie viele Asylsuchende wurden in das Bundesasylzentrum Boudry verlegt? 2. Warum werden als «gefährlich» eingestufte Asylsuchende nicht in einer geschlossenen Einrichtung festgehalten, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten?
24.7281	DE FR IT	Fra. Schläfli. Konsequenzen aus dem Urteil des EGMR bezüglich Racial/Ethnical Profiling	Am 20.2.2024 publizierte der EGMR das Urteil im Fall Wa Baile v. Switzerland, inzwischen ist die dreimonatige Antragsfrist ohne Antrag an die Grosse Kammer verstrichen. Die Schweiz wird darin mehrfach wegen Verstössen gegen das Diskriminierungsgebot und fehlendem wirksamen Rechtsbehelf verurteilt. - Welche Konsequenzen zieht der Bundesrat aus dem EGMR-Urteil? - Welche Massnahmen und Gesetze zur zukünftigen Verhinderung von Racial/Ethnical Profiling durch Sicherheitsbehörden plant der Bundesrat?
24.7285	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Drittes Geschlecht offizialisieren - nein danke!	Nach der ganzen Aufregung rund um Nemo bekommen die Bestrebungen zur offiziellen Einführung eines dritten Geschlechts zusätzlichen Schub. 1. Kann der Bundesrat bestätigen, dass er bei seiner bisherigen bewährten Position bleibt: Verzicht auf Einführung eines dritten Geschlechts und Beibehaltung des Geschlechtereintrages? 2. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass um diese Woke- und Gender-Themen, die nur eine kleine Minderheit betreffen, unverhältnismässig viel Aufhebens gemacht wird?
24.7291	DE FR IT	Fra. Riner. Vernehmlassung Anpassung Wartefrist beim Familiennachzug von vorläufig Aufgenommenen von bisher 3 auf neu 2 Jahre im Ausländer- und Integrationsgesetz	Seit 1. Mai läuft die Vernehmlassung Anpassung Wartefrist beim Familiennachzug von vorl. Aufgenommenen von bisher 3 auf 2 Jahre. Bereits heute wird die durch Rechtsprechung (EGMR und Bundesverwaltungsger.) festgesetzte Zweijahresfrist angewendet. - Höht diese Vorgehensweise das laufende Vernehmlassungsverfahren nicht völlig aus? - Was passiert, wenn die Anpassung der Wartefrist nicht angenommen wird? - Müssen die Anforderungen gem. AIG §85 Abs. 7 auch mit heutiger Praxis vollständig erfüllt sein?

24.7317	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Wie viele Akademiker aus Drittstaaten, die in der Schweiz ausgebildet werden, fallen unter das Kontingentsystem und bekommen keine Arbeitsbewilligung?	Akademiker aus Drittstaaten, die in der Schweiz ausgebildet werden, fallen unter das Kontingentsystem. Somit ist die Arbeitsbewilligung eine grosse Hürde. Die Schweiz investiert also viel in die Ausbildung, schickt qualifizierte Ingenieure danach aber wieder weg, wenn sie keinen Schweizer Pass oder einen aus einem EU-/EFTA-Land haben. Gemäss Aussage der ETH in der NZZ vom 16. Mai ist der Gesetzgeber gefordert. - Wie beurteilt der Bundesrat diese Situation? - Wie viele Akademiker sind davon betroffen?
24.7327	DE FR IT	Fra. Fonio. Empfangszentrum an der Via Motta – Der Bund soll die Abmachungen mit den Gemeinden des Mendrisiotto einhalten	Am 24. Mai 2024 wurde das neue Bundesasylzentrum Pasture eröffnet, das bis zu 350 Migrantinnen und Migranten aufnehmen kann. Die Gemeinden der betroffenen Region hatten in den letzten Monaten Bedenken geäussert, dass diese Zahl überschritten werden könnte. Nun wird bekannt, dass das Zentrum an der Via Motta in Chiasso für den Notfall beibehalten werden soll. Ich frage den Bundesrat, ob dies stimmt, und, wenn ja, bitte ich ihn, auf diesen Entscheid zurückzukommen, sodass die Abmachungen mit den Gemeinden eingehalten werden.
24.7331	DE FR IT	Fra. Vietze. Frage zur Prüfung des Zwischenabschlusses bei einer Überschuldung gemäss Art. 725b Abs. 2 OR	Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die (im Handelsregister eingetragene) Revisionsstelle – welche für die eingeschränkte Revision einer Gesellschaft beauftragt ist und gemäss Art. 729 Abs. 2 OR (in zulässiger Weise, das heisst solange sie geeignete organisatorische und personelle Massnahmen trifft) auch bei der Buchführung mitwirkt – auch die Zwischenprüfung gemäss Art. 725b Abs. 2 OR durchführen darf? Wenn ja, mit welcher Begründung? Wenn nicht, mit welcher Begründung?
24.7357	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Schützt der Schutzstatus S auch ukrainische Wehrpflichtige?	Das Asylgesetz ermächtigt den Bundesrat, Schutzbedürftigen während eines Krieges vorübergehenden Schutz zu gewähren. Davon hat er im Fall der Ukraine Gebrauch gemacht. Das gleiche Gesetz hält fest, dass kein Flüchtling ist, wer den Wehrdienst verweigert. Gemäss Medienberichten halten sich in der Schweiz sehr viele Ukrainer auf, die wehrpflichtig wären. - Wie vielen Wehrpflichtigen wurde der Schutzstatus S gewährt? - Handelt es sich bei ihnen nach Auffassung des Bundesrats um Schutzbedürftige?
24.7361	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Zuwanderungsstatistik: Transparenz über Berufe von EU/EFTA-Zuwanderern?	Die Zuwanderungsstatistik des Staatssekretariats für Migration (SEM) ist eine wichtige Datengrundlage für sämtliche Diskussionen über die Migrations- und Asylpolitik. 1. Über welche Berufsangaben von Zuwanderern aus EU/EFTA-Staaten verfügt das SEM und welche davon veröffentlicht es? 2. Falls es Diskrepanzen zwischen den vorhandenen und den veröffentlichten Daten gibt: Was sind die Gründe dafür?
24.7362	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Illegale Einreise und illegaler Aufenthalt von Kosovarinnen und Kosovaren	Seit dem 1. Januar 2024 dürfen Kosovarinnen und Kosovaren visumsfrei in die Schweiz einreisen. Wie viele Verletzungen der Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen haben Bund und Kantone seit dem 1. Januar 2024 betreffend Kosovarinnen und Kosovaren festgestellt?

24.7363	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. «Strichli-Liste» von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008- 2016. Anfrage Nummer 26 im zweiten Quartal 2024	Seit dem 7. März 2023 werden endlich (!) die effektiv vollzogen Landesverweise gem. Ausschaffungs- Initiative (<u>09.060/20.025</u>) vom 28. November 2010 erfasst (17: <u>17.5098</u> , <u>17.5305</u> , <u>17.5431</u> , <u>17.5563</u> ; 18: <u>18.5082</u> , <u>18.5280</u> , <u>18.5554</u> , <u>18.1082</u> ; 19: <u>19.5122</u> , <u>19.5303</u> , <u>19.5471</u> , <u>19.5563</u> ; 20: <u>20.5070</u> ; 21: <u>21.7203</u> , <u>21.7395</u> , <u>21.7806</u> , <u>21.8042</u> ; 22: <u>22.7160</u> , <u>22.7364</u> , <u>22.7724</u> , <u>22.7878</u> ; 23: <u>23.7043</u> , <u>23.7357</u> , <u>23.7590</u> ; 24: <u>24.7035</u>). Sind es 4000 Ausschaffungen, wie von den Gegnern von <u>13.091</u> behauptet?
---------	--	---	--

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

24.7253	DE FR IT	Fra. Addor. Chinesische Spionage am Militärflugplatz Meiringen: Wurden die Warnungen zu lange ignoriert?	Die Presse berichtete, dass die Spionageabwehr der Schweiz lange Zeit die Warnungen ausländischer Dienste ignoriert haben soll, gemäss denen die ehemaligen (chinesischen) Besitzer des Hotel- Restaurants Rössli den Militärflugplatz Meiringen ausspionieren würden. Was hat es damit auf sich und welche Massnahmen hat das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport ergriffen oder gedenkt es zu ergreifen, um die Sicherheit der Schweizer Militärflugplätze zu gewährleisten und sie so gut wie möglich vor Spionage zu schützen?
24.7260	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Kann die Kritische Infrastruktur vor Angriffen aus der Luft ausreichend geschützt werden?	In verschiedenen Krisenherden zeigt sich, dass Angriffe auf kritische Infrastrukturen aus der Luft mit verschiedenen Waffensystemen zu grossen Problemen führen kann. Solche Angriffe können auch über grosse Distanzen erfolgen. Ist die Schweizer Armee in der Lage, die kritische Infrastruktur angemessen gegen solche Angriffe zu schützen?
24.7309	DE FR IT	Fra. Rechsteiner Thomas. Ist unsere Luftabwehr einsatztauglich und fit?	Der russische Aussenminister Sergei Lawrow hat die Schweiz als «offen feindseliges Land» bezeichnet. Es ist mit vermehrten Cyberattacken zu rechnen, und im Extremfall könnte der Kreml auch weitreichende Waffen einsetzen. 1. Wäre unsere Armee, Stand heute, in der Lage, weitreichende Raketen aus Russland mit der Luftabwehr abzuschliessen? 2. Falls nein, was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um unseren Luftraum vor feindlichen Attacken wirksam zu schützen?
24.7279	DE FR IT	Fra. Chappuis. Armeebotschaft 2024: Schutz vor biologischen Bedrohungen?	Die Vision der Schweizer Armee für 2030 beinhaltet unter anderem den folgenden Punkt: «Den Bedrohungen voraus». Die Biotechnologie entwickelt sich mit rasantem Tempo; die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben (CRISPR/Cas9, synthetische Biologie usw.), öffnen Tür und Tor für neue Bedrohungen wie bakteriologische und biologische Waffen. Neue Arten von biologischen Waffen mit doppeltem Verwendungszweck könnten ausser Kontrolle geraten und eine zukünftige Bedrohung darstellen. Wie gedenkt der Bundesrat die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz gegen biologische Bedrohungen zu stärken?

24.7284	DE FR IT	Fra. Pahud. Wird die Armee die Hallen in Alpnach mit Holz aus dem Ausland bauen, anstatt heimisches Holz zu verwenden?	Die Armee plant zurzeit den Bau einer neuen Einstellhalle und Fahrzeugwerkstatt sowie einer neuen Lagerhalle auf dem Waffenplatz und Militärflugplatz Alpnach. Gemäss dem Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen kann der Bund als Waldbesitzer auf Holz aus der Schweiz zurückgreifen. Wird die Armee diese neuen Hallen mit heimischem Holz aus den Schweizer Wäldern bauen oder aber mit Holz aus dem Ausland, das über eine Strecke von Hunderten oder sogar Tausenden von Kilometern transportiert wurde?
24.7293	DE FR IT	Fra. Götte. Wie viel Panzer brauchen die beiden geplanten schweren Divisionen?	Der Bundesrat plant zwei schwere Kampfdivisionen anstelle der bestehenden drei Mech Brigaden aufzustellen. Wie viele zusätzliche Kampfpanzer braucht die Armee für die Ausrüstung dieser Divisionen?
24.7298	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Wie sollen zwei schwere Divisionen aufgestellt werden, ohne den Sollbestand zu erhöhen?	Aktuell besteht das Heer aus 3 Brigaden, welche etwa 18'000 Personen umfasst. Neu sollen zwei schwere Heeresdivisionen geschaffen werden, ohne den Sollbestand zu erhöhen. Eine Heeresdivision im Ausland umfasst etwa 23'000 Armeeangehörige (Bundeswehr, 10. Panzerdivision). Dies würde den Personalbestand des Heeres von ca. 18'000 auf ca. 46'000 Armeeangehörigen mehr als verdoppeln. Wie plant der Bundesrat zwei Divisionen aufzustellen, ohne damit den Sollbestand zu erhöhen?
24.7299	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Welche Rechnung liegt der Planung der zwei schweren Divisionen zugrunde?	Für die beiden geplanten schweren Divisionen sollen die rund 134 gewarteten und 71 eingelagerten Kampfpanzer ausreichen. Die USA rechnet für eine Division mit ca. 261 Kampfpanzer (1. Armored Division), Russland pro Division mit ca. 188 Kampfpanzer (4. Russische Garde Panzerdivision). Welche Rechnung hat der Bundesrat als Grundlage genommen, um die benötigten Panzer für die Neuaufstellung der Armee zu ermitteln?
24.7294	DE FR IT	Fra. Götte. Externe Mandate im VBS?	Wie viele externe Mandate hat das VBS aktuell vergeben, in welchen Bereichen wurden diese Mandate vergeben und wie viele Kosten sind durch solche Mandate entstanden?
24.7296	DE FR IT	Fra. Molina. Haben NSA und Mossad Zugriff auf persönliche Daten von Schweizerinnen und Schweizern aus der Kabelaufklärung durch den Nachrichtendienst?	Am 21.05.2024 berichtete die «Republik», dass das VBS die Technologie für die Kabelaufklärung beim Verint beschaffte, einem Unternehmen, das aufs Engste mit US-amerikanischen und israelischen Geheimdiensten verbunden ist. - Wie wurde und wird verhindert, dass personenbezogene Daten von Dritten verwendet werden? - Was ist der Zweck des Abkommens mit zum Schutz von klassifizierten Informationen von 2012? - Warum verschleierte das VBS dem Fragesteller die Existenz dieser Beschaffung?
24.7310	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Nachfolger der Armeepistole 75	- Wie weit ist die Planung für die Nachfolge der Pistole 75 (SIG P220) in der Armee und wie sieht die geplante Beschaffungsplanung aus? - Wie wird die Schweizer Rüstungsindustrie bei der Neubeschaffung der Pistole berücksichtigt und welche Leistungen sollen durch die eigene Rüstungsindustrie erbracht werden?

24.7314	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Sparaufträge der Armee im IKT-Bereich	- Gibt es Sparaufträge für den IKT-Bereich der Armee? - Wenn ja, in welchen Projekten und wie viel wird dadurch eingespart?
24.7345	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Frankreichs Staatspräsident Macron macht der FIFA öffentlich den Hof, um das HoF (Home of FIFA) zu sich nach Paris zu holen. Andere Länder buhlen um einzelne FIFA-Abteilungen. Und die Schweiz?	Bundespräsidentin und Sportministerin Viola Amherd sagte diese Woche im Ständerat (Ip. Broulis 24.3052), dass sie sich regelmässig mit den Spitzen der internat. Sportverbände austausche, wie z. B. am letzten Freitag mit IOC-Präsident Thomas Bach. Anders als das IOC hat die die FIFA die Anzahl der Mitarbeiter in der Schweiz in jüngster Zeit reduziert, von rund 1000 auf 650. - Wann hat sich die Sportministerin zum letzten Mal mit dem Präsidenten der FIFA ausgetauscht? - Sind künftige Treffen geplant?
24.7346	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Die Fifa führt Zürich nicht mehr als Vereinssitz in ihren Statuten. Kommen dafür in der Schweiz andere Städte in Frage, zum Beispiel Lausanne, Lugano, Zug oder St. Gallen?	An ihrem Kongress vom 17. Mai hat die FIFA die Statuten geändert: Zürich ist nicht mehr als Sitz aufgeführt. Die Türe für Alternativen ist geöffnet, sowohl für den Sitz als auch für einzelne Abteilungen. Dafür kommen auch Schweizer Städte/Kantone in Frage. - Hat der Bundesrat Kenntnis von interessierten Städten oder Kantonen? - Steht der Bundesrat mit Zürich und mit möglichen Interessenten in Kontakt? - Was unternimmt der Bundesrat, um die FIFA, wenn nicht in ZH, so zumindest in der Schweiz zu halten?
24.7347	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Präsident Macron kämpft trotz des negativen Entscheids des Verfassungsrats zu seiner «Lex FIFA» weiterhin um den Hauptsitz des Fussballweltverbandes. Was machen Bundesbern und Zürich?	Am 21. Mai lud Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zusammen mit seinem Aussen-, dem Wirtschafts- und dem Sportminister sowie der Stadtpräsidentin von Paris die FIFA und deren Präsident zu einem Empfang in den Elysée-Palast. Anlass war das 120-Jahr-Jubiläum der FIFA. Die Organisation hat ihren Sitz (erst) seit 1932 in Zürich. - Wie kontert der Bundesrat Macrons Avancen? - Betreibt ZH (wie VD) eine Standortpolitik für internationale Sportverbände? - Ist der Wegzug der FIFA ein reelles Szenario?

Büro

24.7273	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Luxus-Flug der SP-Ratspräsidenten nach Rom	Anfangs Mai reisten NR Nussbaumer und SR Herzog mit dem Lufttransportdienst des Bundes (LTDB) nach Rom. Gemäss Verordnung ist vorgesehen, dass Linienflüge oder andere Transportmittel bevorzugt werden müssen, wenn diese wirtschaftlicher sind. Weshalb wurde sich in diesem Falle für den LTDB anstatt eines Linienfluges entschieden?
24.7333	DE FR IT	Fra. Burgherr. Weshalb reisen die SP-Ratspräsidenten mit dem Flugzeug anstatt der Bahn?	Anfangs Mai reisten NR Nussbaumer und SR Herzog mit dem Lufttransportdienst des Bundes (LTDB) nach Rom. Gemäss Pa.lv. Töngi bzw. VPRG sind die Parlamentsangehörigen angehalten Flugreisen zu vermeiden und die Bahn vorzuziehen. Aufgrund welcher Kriterien wurde entschieden, dass in diesem Falle eine Flugreise der Reise per Bahn zu bevorzugen sei?

24.7312	DE FR IT	Fra. Steinemann. Zeitigen die selbstaufgelegten Massnahmen der Parlamentarier Wirkung?	Um ihr selbstaufgelegtes, klimapolitisch bedingtes schlechtes Gewissen zu beruhigen, hat eine Mehrheit des Nationalrats am 21. September 2021 mit der Vorlage 19.407 beschlossen, dass vom Bund bezahlte Reisen von Parlamentariern bei einer Reisezeit von 8 Stunden per Bahn erfolgen sollen. - Wie viele Parlamentarierreisen erfolgten seither per Bahn, wie viele per Flugzeug? - Um wie viele Prozente hat sich der Anteil der Bahnfahrten an den gesamten Parlamentarier-Reisen gegenüber vorher gesteigert?
24.7334	DE FR IT	Fra. Ryser. Barrierefreie Fahnen auf parlament.ch	Für die politische Teilhabe sind zugängliche Informationen und Dokumente für Menschen mit Sehbehinderung von zentraler Bedeutung. Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass die Fahnen, welche zur Beratung von Erlassentwürfen erstellt werden (z.B. Teilrevision BehiG), in einem barrierefreien Format (z. B. PDF) gemäss dem eCH-0059-Accessibility Standard veröffentlicht werden müssen, damit diese Informationen den Betroffenen zur Verfügung stehen?